
152/UEA XXIV. GP

Eingebracht am 19.05.2009

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Donnerbauer, Mag. Ruth Becher

Kolleginnen und Kollegen

betreffend Evaluierung der Auswirkungen der Abschaffung von Rsa-Zustellungen im Bereich des Mietrechts

Im Zusammenhang mit dem Budgetbegleitgesetz 2009

Durch das Budgetbegleitgesetz werden im Bereich der Justiz Rsa-Zustellungen aufgelassen. Diese Maßnahme könnte gerade im Bereich des Mietrechts zu ungewünschten nachteiligen Konsequenzen führen. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesministerin für Justiz ersucht, allfällige Veränderungen durch die Umstellung der Zustellart von Rsa und Rsb im Bereich des Mietrechts im nächsten Jahr zu beobachten und dem Nationalrat bis Ende 2010 über die positiven und negativen Folgen dieser Maßnahme zu berichten, insbesondere darüber, ob dadurch Mängel oder Nachteile für die Verfahrensparteien zutage getreten sind und die darob erwogenen Maßnahmen.